

Offene Worte

Online Nr. 14

Zeitung der LINKEN für den Barnim 10. Mai 2020, 30. Jahrg.

Mitmachen! Mitmachen!

Schnell abstimmen auf:
<https://www.linksfraktion-brandenburg.de/home/aktuelles>

Deine Stimme für Solo-Selbstständige!

Helfen Sie: Bis zum 14. Mai erklären, dass die „alte“ Corona-Soforthilfe von 9.000 Euro in Brandenburg wieder gelten soll. Denn an diesem Tag entscheidet der Landtag über einen Antrag von LINKEN und Freien Wählern

Unkomplizierte Hilfe für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmer*innen hatte das Land Brandenburg versprochen. Und ursprünglich gab es am 26. März auch eine entsprechende Richtlinie, angewiesen vom Wirtschaftsminister. Danach sollte es einmalig bis zu 9.000 Euro geben – und zwar unabhängig davon, ob Ausgaben erstattet werden müssen, der Umsatzausfall kompensiert werden muss und damit das Geld schlicht zum Lebensunterhalt benötigt wird. Einige Auszahlungen sind auf dieser Basis auch erfolgt. Aber am 1. April wurde die Rege-

lung überraschend und ohne Information an zehntausende Antragsteller durch die Landesregierung geändert – nun gelten die Bestimmungen des Bundes, die Umsatzausfall und eine Finanzierung des Lebensunterhaltes ausschließen. Über 50.000 sind davon in Brandenburg betroffen: Freiberufler, die zu Hause arbeiten, dadurch kaum Betriebsausgaben, aber eben zurzeit auch keinen Umsatz haben, von dem sie normalerweise leben: Kleingewerbe, Dozenten, Künstler, Sozialarbeiter, Vertreter, Pflege- und Gesundheitskräfte – die Liste ist lang (siehe OW vom 29.4.20).

„DIE LINKE und Freie Wähler hatten am 28. April im Wirtschaftsausschuss des Landtages beantragt, dass die ursprüngliche Regelung vom 26. März wieder in Kraft gesetzt wird. Das wurde von der Regierungskoalition abgelehnt. Nun steht der Antrag am 14. Mai im Landtag zur Abstimmung“, informiert Fraktionschef Sebastian Walter. Unterstützen Sie die parlamentarische Forderung! Erklären Sie der Landesregierung wie wichtig Hilfe für Solo-Selbstständige ist: **Stimmen Sie dafür unter:** <https://www.linksfraktion-brandenburg.de/home/aktuelles>



Leere Säle: Künstler, Dozenten und alle anderen Solo-Selbstständigen und Kleingewerbetreibende brauchen Solidarität: Während andere Bundesländer seit Wochen „Soforthilfe“ aus Landesgeldern auszahlen, hat Brandenburg die unkomplizierte Zahlung nach wenigen Tagen gestoppt.

Bürgerhaushalt im Sozialausschuss Bernau

In der ersten Sitzung nach der Corona bedingten Pause tagte der Sozialausschuss der Stadt Bernau nicht im Ratssaal, sondern in der größeren Rotunde der Tobias-Seiler-Oberschule. Am Eingang stand Desinfektionsmittel und die Bestuhlung war so weit, dass beinahe Mikrofone gebraucht wurden.

Dagmar Enkelmann, die Vorsitzende des Ausschusses wünschte den Ausschussmitgliedern eine gute und konzentrierte Sitzung.

Am längsten wurden die Vorschläge zum Bürgerhaushalt diskutiert. Die Verwaltungsaufstellung zur Einteilung in zulässige und nicht zulässige Vorschläge musste geprüft werden. Die AfD wollte, weil einem ihrer Vertreter Teile eines Vorschlages nicht gefielen, diesen ganz aus der Liste verschwinden lassen. Dieser Vorschlag stieß bei Matthias Holz (LINKE) auf wenig Gegenliebe. Er erinnerte daran, dass der Bürgerhaushalt von den Bürger*innen gestaltet wird und die Stadtverordneten darin nicht „herumpfuschen“ sollten. Der Antrag der AfD wurde abgelehnt. (mh)

Volksinitiativen können verlängert werden

Volksinitiativen könnten unter Corona-Bedingungen länger rechtsgültige Unterschriften sammeln: Der Hauptausschuss des Landtages stimmte am 6. Mai dem Gesetzentwurf der LINKEN zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes im Grundsatz zu. Die endgültige Entscheidung muss der Landtag am 13. Mai treffen.

„Ein deutliches Signal zur Stärkung der direkten Demokratie“, kommentiert der Parlamentarische Geschäftsführer der LINKEN im Brandenburger Landtag, Thomas Domres. „Volksinitiativen, die in den vergangenen Monaten begonnen haben, Unterschriften zu sammeln, können

nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Verlängerung der Sammlungsfrist über die gesetzlich vorgeschriebenen 12 Monate hinaus beantragen. Die Landtagspräsidentin verlängert dann die Frist um bis zu 3 Monate; bei Bedarf ist eine weitere Verlängerung möglich.“ Schade sei, so Domres, dass diese Gesetzesänderung bis zum 31. Dezember 2021 befristet ist. Die Fraktion der LINKEN hatte dieses Anliegen unbefristet beantragt. Aber da die Kenia-Koalition einem Antrag der LINKEN zugestimmt habe, sei dies erstmalig zu verschmerzen, zeigte sich Domres froh. (Pm)



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

500 Euro gehen nach Joachimsthal

4.000 Euro haben 25 Kreistagsabgeordnete, Stadtverordnete und Gemeindevertreter der LINKEN und des Bauernverbandes im Barnim aus ihren Aufwandsentschädigungen für ihr ehrenamtliches Engagement zusammen gesammelt. Davon wurden bereits 1.000 Euro an das Frauenhaus im Barnim gespendet, jeweils 500 Euro an die „Tafeln“ in Eberswalde und Bernau, 300 Euro an die „Spielewaldinitiative Eiche“ und 500 Euro der Verein „Eltern helfen Eltern Bernau e.V.“. Neu hinzugekommen ist nun „Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V.“ in Joachimsthal, der ebenfalls 500 Euro erhält.

Lutz Kupitz, Vorsitzender der Kreistagsfraktion LINKE/Bauern

Gewinn Preisrätsel

Die Lösung des Preisrätsel aus OW März 2020 lautete: Opposition Das Jahresabo des Eulenspiegel geht an W.-R. Gehrt, Ahrensfelde.

nächste OW am 12. Mai